

**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS***Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Ginsheim-Gustavsburg*

SPD Fraktion Ginsheim-Gustavsburg, Im Mittelfeld 8, 65462 Ginsheim-Gustavsburg

An den  
Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung  
Ginsheim-Gustavsburg  
Herrn Torsten Reinheimer

Carsten Nickel  
Fraktionsvorsitzender  
SPD Fraktion Ginsheim-Gustavsburg

c.nickel@spd-gigu.de

**27. August 2023****Antrag zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. September 2023  
Geförderte externe Beratung zur Organisationsuntersuchung und Haushaltskonsolidierung**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Fraktion der SPD bittet Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnungen der nächsten Sitzung des HF-A am 21. September 2023 sowie der Stadtverordnetenversammlung am 28. September 2023 aufzunehmen.

**Die Stadtverordnetenversammlung Ginsheim-Gustavsburg beschließt 30.000 Euro in den kommenden Haushalt 2024 für eine externe Beratung zur Organisationsuntersuchung und Haushaltskonsolidierung einzustellen.**

**Parallel dazu soll möglichst im Vorfeld der Einbringung des Haushalts beim Land Hessen der betreffende Fördertopf in Anspruch genommen werden, der es dem Land Hessen ermöglicht diese externe Beratung in gleicher Höhe zu fördern.**

Begründung:

Manchmal muss man erst Geld in die Hand nehmen, um dann spätestens mittelfristig einen deutlich höheren Geldbetrag einzusparen.

Gerade auch im Bereich der Verwaltung hat Bürgermeister Siehr in Sitzungen der AG Haushaltskonsolidierung darauf hingewiesen, dass durch zielgerichtete Organisationsentwicklungen Abläufe effizienter und somit kostengünstiger gestaltet werden können.

Einen solchen Prozess hausintern parallel zu der vorherrschenden Arbeitsbelastung durchzuführen, stellt die Verwaltung vor eine zusätzliche Belastung. Hier soll eine externe Beratung fachliche Unterstützung bieten und Handlungsalternativen aufzeigen.

Sie, die externe Beratung, kann zudem idealerweise manchen „gordischen Knoten“ im Rahmen der Haushaltskonsolidierung durchtrennen, der die Arbeit für Verwaltung und Kommunalpolitik in diesem Bereich vereinfacht, so dass das Schreckensszenario der bekannten Erhöhung der Grundsteuer B in dieser Form und Höhe so nicht greifen muss.

Mit freundlichen Grüßen

Carsten Nickel  
(SPD-Fraktionsvorsitzender)